

WIRTSCHAFT

Wirbel um Rösler-Brief

Spiegel: Bund will für AKW-Bau im Ausland bürgen

Hamburg (AFP). Trotz des deutschen Atomausstiegs will die Regierung einem Bericht zufolge auch künftig mit deutschen Steuergeldern für den Bau von Atommeilern im Ausland bürgen. Das geht aus einem Schreiben an den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung hervor, das bald verschickt werden sollte, berichtet der „Spiegel“. Demnach hatte das Gremium, das die Nachhaltigkeitsstrategie der Regierung begleitet, Ende 2012 einstimmig dafür plädiert, angesichts des Atomausstiegs keine Hermes-Bürgschaften für AKW-Projekte im Ausland mehr zu vergeben.

Vor diesem Hintergrund sei der Brief, den Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) nun im Namen der Regierung verfasst habe, auch ein Affront gegen die Regierungsfractionen, so der „Spiegel“. In dem Schreiben heißt es demnach, man halte an der bisherigen Förderpraxis fest, weil die Energiewende nur „die nukleare Stromerzeugung im Inland“ betreffe. Es liege „in der souveränen Entscheidung anderer Staaten, zur Ausgestaltung ihrer Energiepolitik einen anderen Energiemix zu wählen“.

Der Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats, Andreas Jung (CDU), bezeichnete es in dem Bericht als „grobem Widerspruch, bei uns die Energiewende voranzutreiben und im Ausland Kernenergie zu unterstützen“. Laut „Spiegel“ stellte sich auch die Industrie bereits auf ein Ende der deutschen Förderpolitik ein: Für das brasilianische Atomkraftwerk Angra 3, das ursprünglich mit einer Hermes-Bürgschaft abgesichert werden sollte, habe sich der Energieversorger inzwischen Geld in Südamerika besorgt.

Handel startet Winterschlussverkauf

Köln/Berlin (dpa). Mit Rabatten von bis zu 70 Prozent will der deutsche Einzelhandel heute den Winterschlussverkauf einläuten. Besonders bei den Modehäusern müssten die Lager für die Frühjahrsmode geräumt werden, teilte der Handelsverband Deutschland (HDE) mit. Hinter den Geschäften liegt ein schwieriges Jahr: Erstmals seit 2008 verbuchte der deutsche Textileinzelhandel mit zwei Prozent einen Umsatzrückgang, wie eine Umfrage der Fachzeitschrift „Textilwirtschaft“ ergab. Experten erwarten die stärksten Preissenkungen bei Winterkleidung, weil der anfangs milde Winter den Absatz von wärmer Bekleidung gebremst hat. Auch das Weihnachtsgeschäft konnte die Umsatzschwäche nicht ausgleichen.

Verdi droht Eon mit Streik in Kraftwerken

Berlin/Düsseldorf (dpa). Im Tarifkonflikt beim größten deutschen Energiekonzern Eon droht Verdi mit einem unbefristeten Streik bis hin zu den Kraftwerken. Mit Vorwarnungen an Eon solle aber sichergestellt werden, dass der Konzern dementsprechend Strom von der Konkurrenz zukaufen könne und dass es nicht zum „Blackout“ – einem plötzlichen Stromausfall – komme, sagte ein Verdi-Sprecher in Berlin. Die Gewerkschaften hatten die Verhandlungen am Mittwoch vergangener Woche für gescheitert erklärt.

Eon hat die Gewerkschaften aufgefordert, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Man hoffe, dass ein Arbeitskampf vermieden werden könne, so eine Unternehmenssprecherin. Für die rund 30 000 Eon-Beschäftigten in Deutschland fordern Verdi und IG BCE 6,5 Prozent mehr Geld. Eon bot zuletzt 1,7 Prozent.

EU-Fischer dürfen mehr Nordsee-Hering fangen

Brüssel/Clonakilly (dpa). Europas Fischer dürfen im laufenden Jahr mehr Hering, Scholle und Seelachs aus der Nordsee ziehen. Darauf einigten sich die EU und Norwegen nach Marathonverhandlungen in Irland. Beim Nordsee-Hering gibt es ein Plus von 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr, für Scholle und Seelachs stiegen die Nordsee-Fangmengen um 15 Prozent. Das teilte die EU-Kommission in Brüssel mit. Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und dem Nicht-Mitgliedsland Norwegen waren nötig, weil die beiden Partner mehrere Bestände im Nordatlantik gemeinsam bewirtschaften.

WIRTSCHAFT KOMPAKT

Gegen Multimillionen-Gagen für Entscheidungsträger hat sich Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt in der Debatte über Manager-Gehälter ausgesprochen.

Ikea ist nach einem Rekordumsatz im vergangenen Jahr auf Expansionskurs. Das schwedische Möbelhaus plant bis zu 20 neue Standorte in Deutschland.

Wiesenhof Entenspezialitäten schließt zum 1. April den Schlachthof in Neutrebbin (Kreis Märkisch-Oderland).



„Wissen schafft Nachhaltigkeit“ steht in englischer Sprache auf einem blauen Baucontainer. Die Sozialwissenschaftler Adriane Schmidt, Sebastian Thuß und Thomas Meyer (v. l.) gehören zu den zehn Nachwuchsforschern des Boysen-TUD-Graduiertenkollegs, das im Frühjahr 2012 in vier solcher Behälterbüros sein erstes Domizil hatte. Die Doktoranden sind inzwischen in ein Bürohaus in der Strehleiner Straße umgezogen, die Container stehen noch auf dem Dresdner Uni-Campus. Foto: Holger Grigutsch

Mit Energie für eine Akzeptanzwende

Dresdner TU-Wissenschaftler erforschen, wie wir uns besser mit neuen Technologien anfreunden können

Dresden (DNN). Die deutsche Energiewende sei auf einem guten Weg, haben Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) und sein Kollege aus dem Wirtschaftsressort, Philipp Rösler (FDP) bei der Vorlage des ersten Monitoring-Berichtes „Energie der Zukunft“ im Dezember des vergangenen Jahres betont. Dennoch dreht sich in der öffentlichen Diskussion fast alles um Pannen beim Netzausbau, Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Kosten und Ablehnung technischer Umsetzungen. Darunter leidet die gesellschaftliche Akzeptanz für das gewaltige Infrastrukturprojekt. An der TU Dresden will eine Gruppe von jungen Forschern helfen, diesen gordischen Knoten zu durchschlagen – auch mit Hilfe der Sozialwissenschaften.

Von HOLGER GRIGUTSCH

Vom nachhaltig umweltfreundlichen Waschmittel bis hin zu neuen Antrieben für die Raumfahrt reichen die Themen im Graduiertenkolleg der TU Dresden und der Stuttgarter Boysen-Stiftung. Zehn Doktoranden verschiedener Disziplinen beschäftigen sich mit ganz speziellen Fragestellungen zur Energiewende und lassen sich von den Ergebnissen der anderen inspirieren. Die Erwartungen sind hoch. Immerhin wird das Projekt im Rahmen der Exzellenz-Initiative über vier Jahre von der Boysen-Stiftung mit insgesamt einer Million und von der TU Dresden mit mehr als 700 000 Euro gefördert.

Wie in der Bevölkerung insgesamt sind auch bei den Betreuern die Ansichten über politische Entscheidungen unterschiedlich. Professor Antonio Hurtado, der auch Vorlesungen über Reaktorsicherheit hält, blickt mit Skepsis auf das hohe Tempo des deutschen Atomausstiegs. Thema seiner Doktoranden ist zum Beispiel, ob die Technologie überhaupt weit genug ist für die ehrgeizigen politischen Ziele und wie Deutschland trotz Energiewende konkurrenzfähig bleiben kann. Für die Professorin Edeltraut Günther, die Betriebliche Umweltökonomie lehrt, kann der Wandel zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen gar nicht schnell genug gehen. Dafür braucht es aber offenbar mehr als Umweltonzonen und Verbote. Und der Kommunikationswissenschaftler Professor Wolfgang Donsbach, der die interdisziplinäre Zusammenarbeit als Stärke der Dresdner

Universität hervorhebt, sieht die Energiewende aus einem nicht minder interessanten Blickwinkel: Drei Doktoranden, von denen er zwei betreut, beschäftigen sich mit Problemen der gesellschaftlichen Akzeptanz neuer Technologien und wollen dazu beitragen, dass zukünftige Energiesysteme nicht ähnlich polarisieren wie heute Kernenergie oder Gentechnik.

Ob Anreizsysteme für gesellschaftliche Veränderungen nur über den Geldbeutel funktionieren oder auch über andere Formen sozialer Anerkennung, will Donsbachs kommunikationswissenschaftliche Doktorandin Adriane Schmidt herausfinden.

BAUSTELLE

ENERGIEWENDE

Akzeptanz in der Öffentlichkeit sieht sie als eine der größten Herausforderungen bei der Diskussion von möglichen Wegen der Energiewende. Mitte November hat sie in Tunis auf einem internationalen Workshop zur Solarenergie darüber einen Vortrag gehalten. Sie hat auch Gesangspädagogik studiert, weil also, wie man den richtigen Ton trifft – nicht nur mit Blick auf die Kommunikation. „Argumente müssen auch emotional wirken“, sagt sie.

Sebastian Thuß, der Politikwissenschaftler in der Gruppe, hat sich das Geld fürs Studium als Fitnesstrainer verdient. Nun möchte er Politiker fit machen für die Durchsetzung ihrer Entscheidungen. Leider, sagt er, gewinnen nicht immer das ver-

nünftigste Argument, sondern oft jenes, das uns am besten in den Kram passt. „In der Politik ist es wie in der Evolution – Fortschritt ist eigentlich nur Anpassung, und die muss nicht unbedingt ideal sein, um erst einmal zu funktionieren“, so Thuß. Eine stärkere Beteiligung der Bürger an politischen Prozessen hält er für dringend notwendig und sucht nach kreativen Ansätzen. Es reiche nicht, sagt er, Bebauungspläne für Windkraftanlagen oder

Stromtrassen öffentlich auszulegen. Die Akzeptanz für den Infrastrukturausbau kranke aber auch daran, dass überhaupt nicht klar ist, welche Art Energiewende wir eigentlich wollen: „Eine Stromtrasse direkt vor der Haustür möchte niemand gern haben. Wer aber zudem glaubt, diese Trasse sei gar nicht notwendig, weil auch dezentrale Speicher denkbar sind, oder weil in Süddeutschland gar nicht so viel Windstrom aus der Nordsee benötigt wird, wie die Leitungsplaner erwarten, der wird ziemlich sicher sogar dagegen protestieren.“ Um hier Konsens zu schaffen, seien die politischen Parteien gefordert.

Dass gleich fünf Professoren die Doktorarbeit von Thomas Meyer betreuen, hat wenig mit Fürsorge zu tun. Alle wollen die Daten, die der Sozialwissenschaftler sammelt, wenn er sich ein Bild von der Stimmungslage in Deutschland macht und un-

tersucht, welchen Einfluss zum Beispiel Alter, Bildungsniveau, Vermögensverhältnisse und politische Orientierung auf die Akzeptanz neuer Technologien haben. Dabei kann er auch auf Erfahrungen aus der Mitarbeit am DNN-Barometer zurückgreifen – einer langjährigen Kooperation zwischen den Dresdner Neuesten Nachrichten und der TU-Kommunikationswissenschaft. Erst kürzlich wurde dabei festgestellt, dass die Bereitschaft der Dresdner, im Zusammenhang mit der Energiewende mehr für den Strom zu bezahlen, vor allem von deren finanzieller Situation abhängt (DNN berichtet). Jetzt geht es zwar um Erhebungen für ganz Deutschland – Methodik und erfahrene Interviewer aus dem Dresdner Projekt schätzt Meyer aber als solide Grundlage.

TU-Rektor Professor Hans Müller-Steinhagen hält viel von der interdisziplinären Zusammenarbeit. „Alle paar Jahre gibt es einen Hype um eine neue Hochtechnologie“, sagt er. Aber die Leute verstehen diese kaum und befürchteten deshalb, Risiken nicht überschauen zu können. „Nach Bio und Nano“, so Müller-Steinhagen, „sind jetzt vielleicht einmal die Sozialwissenschaften gefragt.“ Damit zielt er auch auf einen handfesten ökonomischen Hintergrund: Kein Unternehmen will das Risiko eingehen, Milliardensummen in die Entwicklung einer Technologie zu investieren, deren Nutzung später an mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz scheitert.

Erste Erfolge zeigt die Zusammenarbeit von technischen und sozialwissenschaftlichen Disziplinen bereits: „Manchmal ist zwei plus zwei eben doch fünf“, sagt Onkar Dixit, der sich in seiner Doktorarbeit mit der Entwicklung CO₂-neutraler Energiesysteme beschäftigt. „Wenn ich Leuten von meinem Forschungsgebiet erzähle, verstehen sie das oft nicht“, so der aus Indien stammende Diplom-Ingenieur. „Erzählt es ihnen der Kommunikationswissenschaftler mit seinen Worten, dann verstehen sie es. Dabei haben wir doch eigentlich dasselbe gesagt.“

Auch wenn Donsbach betont, dem Graduiertenkolleg gehe es vor allem um Grundlagenforschung, werden die Doktoranden ja in den kommenden Jahren vielleicht doch den einen oder anderen hilfreichen Praxistipp für Wirtschaft, Politik oder die Medien liefern können. Bedarf gibt es auf der deutschen Baustelle Energiewende allemal.

STICHWORT

Boysen-TU-Graduiertenkolleg

Im Rahmen des Graduiertenkollegs, das von der TU Dresden und der Stuttgarter Friedrich und Elisabeth Boysen-Stiftung gefördert wird, befassen sich zehn Doktoranden mit ingenieurwissenschaftlichen sowie sozial- und geisteswissenschaftlichen Themenfeldern aus dem Bereich „Nachhaltige Energiesysteme“.

Dabei geht es zum Beispiel um CO₂-Neutralität, Wasserstoff als Energieträger, Antriebskonzepte der Zukunft sowie Szenarien für künftige Energiesysteme, aber auch um die Grenzen und die Akzeptanz solcher Systeme in der Gesellschaft sowie darum, wie öffentliche Aufmerksamkeit für die neuen

Technologien erreicht werden kann. Ebenso spielt eine Rolle, wie sich die Durchsetzbarkeit politischer Entscheidungen und das Vorhandensein technischer Lösungen gegenseitig bedingen.

Das Graduiertenkolleg ist Teil des Exzellenzprojekts der TU Dresden. Die gemeinnützige Friedrich und Elisabeth Boysen-Stiftung fördert Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der Umwelttechnik und berücksichtigt dabei vor allem ingenieurwissenschaftliche Lösungen zur Reduktion von Schadstoffen, Lärm und Energieverbrauch.

© Mehr zum Boysen-TUD-Graduiertenkolleg: <http://tinyurl.com/d7Eyzw>

Fleisch für die Welt – deutsche Agrarexporte in der Kritik

Berlin (dpa). Zufrieden, stolz und ein wenig missverstanden – so sehen sich die deutschen Bauern auf der diesjährigen Grünen Woche. Zufrieden, weil ihre Produkte international gefragt sind, was Umsatz und Einkommen gut tut. Stolz, da sie darin einen wichtigen Beitrag zur Weltenergieversorgung sehen. Doch auch missverstanden, denn Umwelt- und Naturschützer, aber auch kleinere Bauernverbände sehen das nicht so. „Wir ernähren die Welt“, prahlt die eine Seite, und die andere schimpft: „Ihr exportiert den Hunger, zerstört unsere Umwelt.“

Die anderen, das ist etwa der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „Wir exportieren das Fleisch, und die Gülle bleibt hier“, kritisiert der Vorsitzende Hubert Weiger. In der Folge wachse die Stickstoffbelastung im Grundwasser, etwa in Niedersachsen und Nordrhein-

Westfalen, wo große Geflügel- und Schweinehälften stehen.

Tatsächlich kennen die deutschen Agrarexporte seit Jahren nur eine Richtung: aufwärts. Für 2012 schätzt Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU) einen Rekordwert von 62 Milliarden Euro – ein Thema auch im neuen „Kritischen Agrarbericht“. Mitautorin Berit Thomsen betont, dass Deutschland 2007 noch Schweinefleisch importierte. Inzwischen produzierten die Bauern 15 Prozent mehr, als die Bundesbürger brauchen. „Die Preise für die Erzeuger sind durch die Überversorgung unter Dauerdruck geraten; zugleich gelangen deutsche wie auch europäische Exporte in die ärmsten Länder der Welt.“ Dort würden Kleinbauern vom Markt gedrängt.

Die Exporte – ein Schnitt ins eigene wie ins fremde Fleisch? Das Agrarministerium

widerspricht, wirft dem BUND gar falsche und irreführende Behauptungen vor: 78 Prozent der deutschen Agrarexporte gingen in EU-Staaten, hebt das Aigners Haus hervor. Auch darüber hinaus gelangten die Exporte in kaufkräftige Märkte, etwa die USA, Russland und die Schweiz.

„Es ist gut, dass unsere Waren anerkannt werden und wir in die große weite Welt exportieren“, meint Bauernpräsident Joachim Rukwied. Mit seinen bestens ausgebildeten Bauern, guten Böden und neuester Technik seien die Deutschen in der Lage, Lebensmittel sehr effizient zu produzieren – das schütze auch das Klima und die Umwelt.

„Absurd“, meint BUND-Mann Weiger. „Der Bauernverband blendet die Folgekosten aus.“ Weil hierzulande das Futter nicht reiche, werde Regenwald in Süd-

amerika zerstört, um Soja für deutsche Ställe zu produzieren. In den Zielländern verhinderten deutsche Exporte, dass die Länder ihre eigene Ernährungswirtschaft voranbrächten und die eigenen Ressourcen nutzten. Als Beispiele nennt er die Ausfuhr von Geflügelresten nach Westafrika und von Milch nach Russland.

Die deutsche Agrarbranche ist dabei auch Getriebene: „Wir müssen uns entwickeln, wachsen können, weil wir sonst nicht wettbewerbsfähig bleiben“, sagt Präsident Rukwied. Und Wachstum gibt es momentan fast nur außerhalb der EU. Die Exportförderorganisation Gefa verweist etwa auf das Plus in China: 85 Prozent auf 534 Millionen Euro in den ersten zehn Monaten 2012. Bei den Abnehmern außerhalb der EU liegt China damit schon auf Platz fünf, hinter Russland, der Schweiz, den USA und Saudi-Arabien.

Sachsen

Fördermittel für 570 Unternehmen

Dresden (dpa/sn). Sachsen hat im Jahr 2012 fast 570 Unternehmen mit mehr als 380 Millionen Euro aus dem Programm Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) unterstützt. Mit dem Fördergeld seien mehr als 22 000 Arbeitsplätze gesichert und mehr als 5000 neu geschaffen worden, teilte das Wirtschaftsministerium in Dresden mit. Die verfügbaren Mittel seien nahezu ausgeschöpft worden. Der Freistaat müsse lediglich 90 Euro an den Bund zurückerzahlen, hieß es.

Für 2013 stünden rund 384 Millionen Euro und 2014 etwa 328 Millionen Euro aus dem Programm bereit, hieß es. Mit den GRW-Mitteln bezuschussen EU, Bund und Freistaat gemeinsam Investitionen von Unternehmen sowie wirtschaftsnahe Infrastrukturvorhaben von Kommunen wie etwa Verkehrsverbindungen oder Gewerbegebiete.

China wichtigster Markt für deutsche Autofirmen

Berlin (dpa). China ist im vergangenen Jahr erstmals der wichtigste Absatzmarkt für die deutschen Nobelhersteller BMW, Audi, Mercedes und Porsche geworden. Sie verkauften mit insgesamt 959 000 Neuwagen so viele Autos wie in keinem anderen Markt der Welt. China übertrumpfte damit beim Absatz der deutschen Nobelmarken die Märkte in Deutschland und den USA. Das geht aus einer Untersuchung des Autoexperten Ferdinand Dudenhöffer von der Universität Duisburg-Essen hervor. Im Heimatmarkt Deutschland, der 2012 insgesamt leicht im Minus lag, kamen die deutschen Premiumhersteller demnach auf 882 000 neu zugelassene Wagen, in den USA auf 837 000 Fahrzeuge. Die Bedeutung des boomenden Marktes China nimmt in den nächsten Jahren noch zu. 2013 erwartet Dudenhöffer für die deutschen Oberklasse-Hersteller einen Sprung auf dann mehr als eine Million Neuwagen in China.

EADS-Chef Enders plant Konzernumbau

München (dpa). EADS-Chef Tom Enders will den europäischen Luftfahrt- und Rüstungskonzern nach der gescheiterten Fusion mit dem Konkurrenten BAE Systems neu aufstellen. Das alte Ziel, jeweils die Hälfte des Umsatzes in der zivilen Luftfahrt und im Verteidigungsgeschäft zu erwirtschaften, sei nicht mehr in Stein gemeißelt, sagte Enders dem Magazin „Spiegel“. Verteidigungsausgaben in Deutschland, den USA und Europa würden in den kommenden Jahren „bestenfalls flach“ verlaufen. Derzeit baut EADS in der Rüstungssparte Cassidian, die ihren größten Standort in Manching bei Ingolstadt hat, 850 Stellen ab. „Und natürlich stellt sich die Frage, ob wir uns langfristig noch stärker auf unser kommerzielles Geschäft mit Flugzeugen oder Hubschraubern konzentrieren sollten“, sagte Enders.

Anmelderekord für Berufe-WM in Leipzig

Leipzig (ao). Die Berufe-WM vom 2. bis 7. Juli in Leipzig wird wohl die größte ihrer Art: Nach letztem Stand sind für die WorldSkills Leipzig 1046 Teilnehmer registriert. Das seien so viele wie noch nie und rund zwölf Prozent mehr als bei der letzten WM 2011 in London, teilten gestern die Veranstalter zum Ende eines einwöchigen Vorbereitungstreffens von 300 Experten mit. Der Flächenbedarf für die Wettbewerbs-Werkstätten sei sogar um 23 Prozent gestiegen, erklärte der Chef von WorldSkills International, David Hoey. Der Berufsnachwuchs aus aller Welt wetteifert in 46 Disziplinen nichtakademischer Berufe. Das Spektrum reicht von handwerklichen über gewerblich-technische Tätigkeiten bis hin zu Berufsbildern aus dem Dienstleistungsbereich. Teilnehmen können Fachkräfte bis zum Alter von 22 Jahren. Schirmherrin der Veranstaltung auf dem Gelände der Leipziger Messe ist Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Aber Entwicklungsländer finden sich auch auf den folgenden Plätzen tatsächlich nicht.

Dass es ohne Nahrungsmittelexporte und Futtereinfuhren nicht mehr gehe, sagt auch Michael Schmitz, Professor für Agrar- und Entwicklungspolitik in Gießen. Umweltschützer fordern, dass jeder Bauer nur so viele Tiere halte, wie er von seinem Boden ernähren kann. Aber das funktioniert nicht mehr, sagt Schmitz. „Wir würden völlig verarmen, wenn wir nur geschlossene Kreisläufe haben.“ Schmitz mahnt aber eine Lösung für die Umweltschützer in Deutschland an. Obergrenzen für Tierbestände seien eine Lösung oder eine Börse, an der das Recht, Stickstoff auszubringen, gehandelt wird – eine Art Emissionshandel für Gülle. Schmitz fordert: „Wir müssen die Kosten denen anlasten, bei denen das anfällt.“ Burkhard Fraune